



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Standard für den anderweitigen Unterricht

Anderweitiger Unterricht ist eine temporäre Schulalternative für im Regelschulsystem nicht beschulbare Kinder und junge Menschen, die im Einzelfall gewährt werden kann, wenn andere Unterstützungsmöglichkeiten (ggf. mit Hilfen externer Kooperationspartner) innerhalb der Schule für den Schüler oder die Schülerin nicht ausreichend oder nicht geeignet erscheinen. Voraussetzung für die Einleitung des Entscheidungsverfahrens ist die Anwendung des Leitfadens Schule und Jugendhilfe.

Leitziel der Maßnahme des anderweitigen Unterrichtes ist:

- Das Kind bzw. der junge Mensch ist über den anderweitigen Unterricht nach seinen/ihreren Möglichkeiten wieder in den Regelschulbetrieb integriert.

Der Gesamtprozess zur Einleitung, Durchführung und Rückführung in eine Regelschule liegt in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule. Dabei kommt es darauf an, dass die Schule als Expertin aller schulischen Inhalte den Blick auf das Kind / den jungen Menschen einbringt und die Jugendhilfe alle Aspekte des familiären Systems fokussiert und dementsprechend über geeignete sozialpädagogische Maßnahmen entscheidet.

Die Aufgaben des Jugendamtes (in diesem Verfahren sind damit die Fachdienste Jugend- und Sozialdienst (JSD) sowie Teilhabe junge Menschen (TjM) gemeint):

- Die Anamnese der Lebensbedingungen des Kindes / des jungen Menschen und der Familie, Beratung zu möglichen Hilfeleistungen
- Die Erstellung einer sozialpädagogischen Diagnostik und darauf aufbauend die Einleitung geeigneter Unterstützungsmaßnahmen für das Kind / den jungen Menschen sowie der Familie,
- Elternarbeit,
- Auswahl einer geeigneten Einrichtung

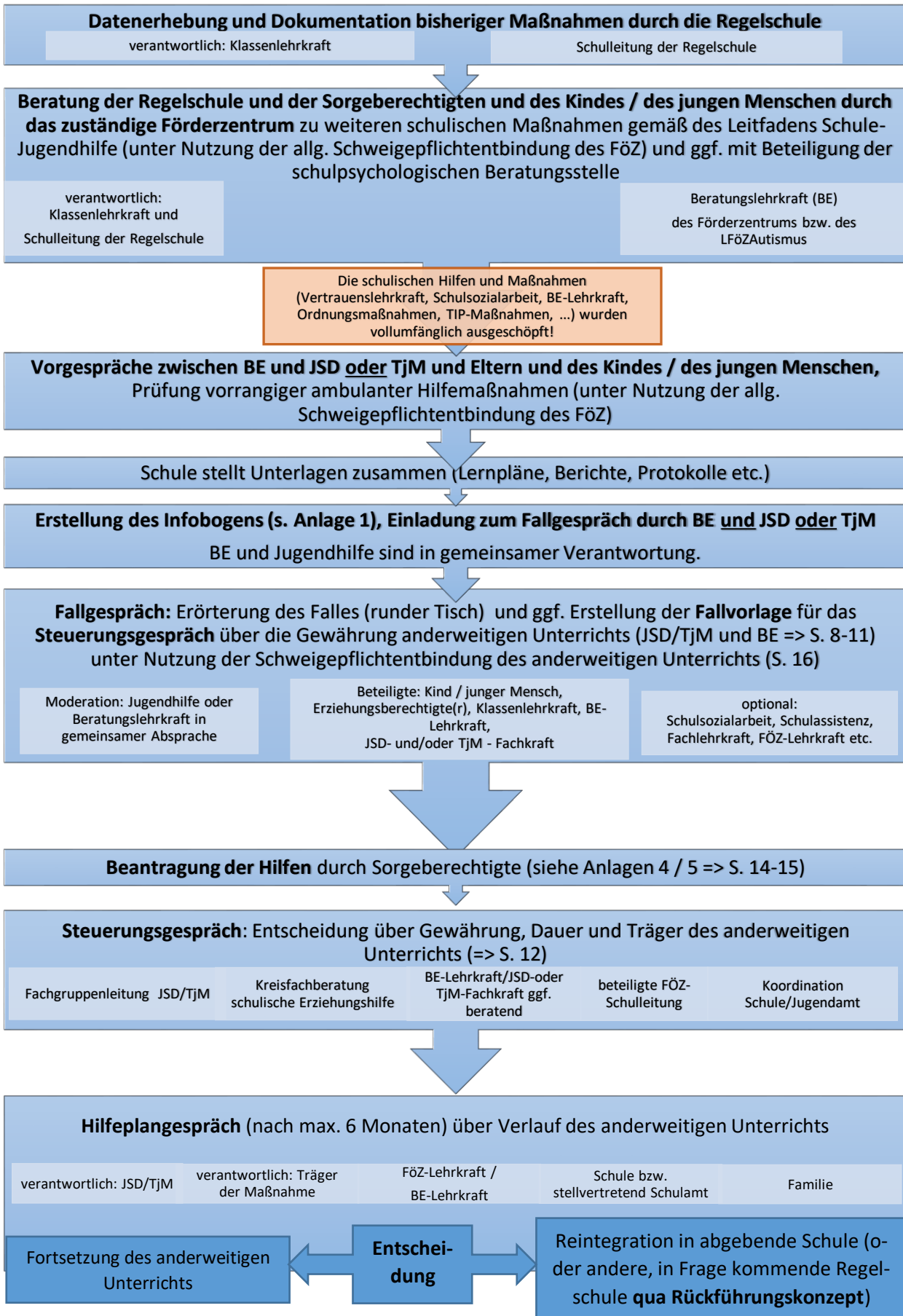
Die Aufgaben von Schule sind diesbezüglich konkret:

- Beratung und schulische Begleitung des Kindes / des jungen Menschen und der Sorgeberechtigten während des Verfahrens, Dokumentation,
- Sicherstellung der kontinuierlichen Anbindung an die Herkunftsschule oder an ein geeignetes anderes schulbezogenes Setting,
- Schulpädagogische Begleitung der Maßnahme,
- Rückführung in die Regelschule

Der Übergang in den anderweitigen Unterricht sowie die Rückführung in das Regelschulsystem wird in enger Kooperation von Sorgeberechtigten, Schule und Jugendhilfe sowie dem Träger des anderweitigen Unterrichtes gestaltet. Zur Koordination der Übergänge soll die Regelschule an den Hilfeplangesprächen teilnehmen. Die Ziele des Hilfeplans sollen gemeinsam in einen Lernplan emotionale-soziale Entwicklung überführt werden.



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht





Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Stelle im Verfahren	Benötigte Unterlagen	
Vorab als Vorbereitung zum Runden Tisch durch Schule mit Unterstützung BE:	Infobogen für die Beantragung von Anderweitigem Unterricht (Anlage 1: S. 5-7)	
Beim oder nach dem Runden Tisch gemeinsam mit allen Beteiligten zu erstellen:	Erarbeitung einer Fallvorlage für den Entscheidungsprozess (Anlage 2: S. 8-11)	
Dann Antragstellung durch die Sorgeberechtigten mit:	Antrag auf Beurlaubung fürs Schulamt (Anlage 4: S.13)	
	Schweigepflichtentbindung für das Steuerungsgespräch (Anlage 6: S. 16)	
	<u>JSD in Fallverantwortung:</u> Antrag auf Hilfen zur Erziehung (Anlage 5: S. 14-15)	<u>TiM in Fallverantwortung:</u> Antrag auf Eingliederungshilfen (Anlage 5: S. 14-15) und Teilhabe einschätzung (Anlage 7: S. 17)



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlagen



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 1

Infobogen für die Beantragung von anderweitigem Unterricht

1. Daten (auszufüllen von der Regelschule)

Name und Anschrift des Kindes / des jungen Menschen:	
Geburtsdatum:	
Name, Anschrift und Telefon der Sorgeberechtigten	
Zurzeit besuchte Schule mit Kontaktdaten	
Klassenlehrkraft mit Kontaktdaten	
BE-Lehrkraft mit Kontaktdaten	
Schullaufbahn/ Klassenstufe	
Besteht ein sonderpädagogischer Förderbedarf – ggf. welcher? Gibt es eine 6-Achsen-Diagnostik?	

2. Bisherige Maßnahmen (bitte detailliert ausfüllen von der Regelschule, um einen guten Überblick zu geben, was Schule umgesetzt hat)

Welche konkreten Maßnahmen wurden von der Klassenlehrkraft bisher angeregt bzw. durchgeführt? Welche Veränderungen hat dies bewirkt?	
Welche konkrete Maßnahme wurde durch BE-Lehrkraft angeregt / durchgeführt? Welche Veränderungen hat dies bewirkt?	
Welche konkrete Maßnahme wurde durch Schulsozialarbeit angeregt / durchgeführt? Welche Veränderungen hat dies bewirkt?	



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Welche konkrete Maßnahme wurde durch Schulassistenz ange-regt / durchgeführt? Welche Verän-derungen hat dies bewirkt?	
Wurde eine Schulbegleitung einge-setzt? Welche Veränderungen hat dies bewirkt?	
Warum haben die schulischen Maßnahmen (nicht) zum Erfolg geführt?	
Ggf.: Welche Ordnungsmaßnah-men wurden durchgeführt?	
Ein Lernplan wurde angelegt – Da-tum:	
Die Schulleitung wurde ausführlich informiert – Datum:	
Gespräche mit den Sorgeberech-tigten fanden statt und die Ergeb-nisse wurden dokumentiert – bitte Angaben zu Zeitraum und Häufig-keit treffen!	
Wurden Verhaltensbeobachtungen zum Entwicklungsverlauf doku-mentiert? Welches Dokumentati-onsverfahren wurde eingesetzt?	

3. Weiterführende Maßnahmen (auszufüllen von der BE-Lehrkraft)

Welches sind besondere Stärken/ Interessen des Kindes/ jungen Menschen?	
Was wäre aus Sicht der Regelschule der wichtigste konkrete Entwicklungsschritt, der für eine erfolgreiche Mitarbeit in der Schule bearbeitet sein müsste?	

**Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht**

Welche Ressourcen liegen im Umfeld des Kindes/ des jungen Menschen?	
Beratung der Regelschule zu weiteren schulischen Maßnahmen hat stattgefunden – Angabe des Datums und des Inhalts: was wurde empfohlen?	
Gespräch zwischen Kreisfachberatung und BE zur Erörterung weiterer Möglichkeiten hat stattgefunden – Datum:	
Eine Einbindung des schulpсихologischen Dienstes und / oder des schulärztlichen Dienstes hat stattgefunden – Datum:	
Kontaktaufnahme mit JSD/TjM hat stattgefunden – Datum und Ansprechperson:	

 FÖZ-Schulleitung ist informiert Kreisfachberatung ist informiert**Vorlage zum Vorgespräch:** Schweigepflichtentbindung (siehe Anhang)**Vorlagen zum Fallgespräch:** Infobogen aktueller Lernplan Einschätzung BE**Vorlagen zum Steuerungsgespräch:** Fallvorlage (JSD, TjM, BE) Antrag Beurlaubung an das Schulamt (Anlage 4) Antrag auf HZE (TjM oder JSD, Anlage 5)



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 2

Fallvorlage für das Steuerungsgespräch zur Entscheidung über anderweitigen Unterricht (Fachkraft des Jugendamtes + BE)

Beteiligte am Fallgespräch:

Kind / junger Mensch, Sorgeberechtigte(r), Klassenlehrkraft, Beratungslehrkraft, JSD- und/o-der TjM – Fachkraft, ggf. weitere Personen

Beratungslehrkraft: _____

Mitarbeiter/in Jugendamt: _____

Ein Austausch zum Fall hat am _____ stattgefunden.

Personalien

Name	Vorname	Geb.-Datum	Geb.-Ort

PLZ / Ort	Straße	Telefon

Schule: _____ Klasse: _____

Lehrkraft: _____

	Sorgeberechtigte/-r	Sorgeberechtigte/-r
Name		
Vorname		
Geb.-Datum		
Straße		
PLZ / Ort		
Telefon		
Staatsangehörigkeit		

Sorgerecht:

- Sorgeberechtigte/-r
 Mutter
 Vater
 Vormund



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

1. Situationsbeschreibung

Beschreibung der Situation in der Schule (allgemein)
aus Sicht des jungen Menschen
aus Sicht der Erziehungsberechtigten
aus Sicht der Klassenlehrkraft/BE-Lehrkraft
aus Sicht der Schulsozialarbeit



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

2. Kernthemen

3. Ziele der Hilfe

4. weitere Unterstützungsstrukturen in der Familie (z.B. HzE)

5. Welche persönlichen Ressourcen stehen zur Verfügung?

6. Welche sozialen Ressourcen stehen zur Verfügung?

7. Erste Ideen zur Erreichung dieses Ziels



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

8. Konkrete Angebote zur Rückführung des Kindes / des jungen Menschen von Regelschule während und nach Ende des anderweitigen Unterrichts



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 3

Ergebnis-Protokoll des Steuerungsgesprächs; Name _____, geb. _____

Datum:	Ort:	Zeit:
Teilnehmende:		
Falldarstellung (versch. Sichtweisen)		
Zusammenfassung und Beschluss (ja/nein/welche Einrichtung/ab wann)		
Begründung		
Zeitliche Perspektive und Kernziel des anderweitigen Unterrichts ODER alternatives Vorgehen		
Weiteres Vorgehen / Wer macht was bis wann? Anderweitiger Unterricht ODER alternative Maßnahmen		
Bemerkungen		
Lernplan erfolgt weiterhin durch abgebende Schule <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 4

Antrag auf Beurlaubung durch die/den Sorgeberechtigte/-n

An das

Schulamt
Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

Antrag auf Beurlaubung nach § 21 Schulgesetz Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage die Beurlaubung meines Kindes

vom Schulbesuch der öffentlichen Schule

mit dem Ziel, anderweitigen Unterricht in einer geeigneten Einrichtung zu ermöglichen. Eine Beschulung an einer öffentlichen Schule ist aufgrund der erheblichen Schwierigkeiten im Bereich emotionale und soziale Entwicklung zurzeit nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift/en



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 5 - Antrag auf Hilfe

Antrag auf

Hilfe nach SGB VIII § 27.3 (JSD) oder Hilfe nach SGB VIII § 35a (TjM)

Name / Vorname des / der Sorgeberechtigten:	
Anschrift:	Telefon:
Die Hilfe wird beantragt für	Geburtsdatum:
	Geburtsort:
Begründung:	



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Ich wurde darauf hingewiesen, dass über meinen Antrag im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte beraten und entschieden wird. Ich stimme der Weitergabe der hierfür erforderlichen Daten zu. Die Fachkräfte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Das Jugendamt stellt zusammen mit mir und dem Kind einen Hilfeplan auf. Der Hilfeplan enthält Angaben über Art, Dauer und Ziele der Hilfe. Es wird regelmäßig geprüft, ob die Hilfe weiterhin geeignet und notwendig ist.

Damit die beantragte Hilfe eingeleitet werden kann, entbinde ich das Jugendamt und die am Hilfeplan beteiligten und Hilfe erbringenden Institutionen (z.B. Heimeinrichtungen, Pflegepersonen, ambulante Fachdienste) gegenseitig von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit.

Nur für teilstationäre und vollstationäre Hilfen:

Ich wurde über die Bedeutung des § 1688 BGB hingewiesen. Hiernach sind Pflegepersonen und die in der Einrichtung für die Erziehung und Betreuung verantwortlichen Personen berechtigt, mich als Inhaber der elterlichen Sorge zu vertreten und in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu entscheiden, sofern ich nicht etwas anderes erkläre.

Ich wurde darüber informiert, dass ich ab Beginn einer teilstationären oder vollstationären Unterbringung zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann (§§ 91 bis 94 SGB VIII). Bei einer Maßnahme der Heimerziehung/ des Betreuten Wohnens ist zumindest das Kindergeld von mir einzusetzen (§ 94 III SGB VIII). Ich bin auf meine Auskunftspflicht gem. § 97 a SGB VIII hingewiesen worden.

Ort / Datum

Unterschrift des / der Sorgeberechtigten

Anlagen:

- Sorgerechtsnachweis
- Geburtsurkunde



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 6

Schweigepflichtentbindung für: geb.

Hiermit entbinde ich/entbinden wir

Name	Funktion

folgende Person(en)/Institution(en) von ihrer gesetzlichen/ärztlichen Schweigepflicht

Nr.	Name	Funktion/Institution
1		Beratungslehrkraft Erziehungshilfe (BE)
2		Fachkraft des Jugendamtes
3		Klassenlehrkraft
4		Schulleitung der Regelschule

gegenüber folgende(r)n Person(en)/Institution(en):

Nr.	Name	Funktion/Institution
1		FÖZ Lernen -Schulleitung
2		Fachdienst- oder Fachgruppenleitung
3		Koordination Schule Jugendhilfe
4		Kreisfachberatung Erziehungshilfe

Die Schweigepflichtentbindung gilt ausschließlich für folgende Sachverhalte und / oder bis zu folgendem Datum:

Ich bin/wir sind von

darüber belehrt worden, dass diese Erklärung ohne Angaben von Gründen jederzeit widerrufen werden kann.

Ort, Datum, Unterschriften



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 7

Ergänzende Einschätzung zur Klärung des Unterstützungsbedarfs zur Teilhabe an Bildung in Anlehnung am SHIP-Verfahren des Kreises Rendsburg-Eckernförde

Schüler/in: _____

Datum: _____

Klasse: _____

Fächer: _____

Einschätzungsskala: 0 – 4
 Problem nicht vorhanden = 0 | Problem leicht ausgeprägt = 1 | Problem mäßig ausgeprägt = 2 | Problem erheblich ausgeprägt = 3 | Problem voll ausgeprägt = 4

Diagnose Achse I:

Bereich beschreibend	ICF	Klassen- leitung Name:	Fachkraft BE Name:	Fach- kraft TjM Name:	Stichworte
d = Aktivitäten, Partizipation i = personenbezogene Faktoren		wirkt sich alterstypisch aus ...			
Regeln und Grenzen einhalten	d7203				
Kontakte mit Erwachsenen	d7400				
Kontakte mit Kindern	d7402				
Konfliktverhalten	d7103				
Krisenverhalten	d7102				
Nähe- und Distanzverhalten	d7204				
Organisation- & Schulabläufe	d820				
Anpassungsverhalten	d299				
Funktionalität (etw. umsetzen)	d155				
Selbständigkeit	i335				
Impulskontrolle	i436				
Sonstiges:					
Wie gestaltet sich die Mitarbeit					
motiviert	i421				
aufmerksam	i448				
kontrolliert	i315				
offen/ zugewandt	i325				
impulsiv	i436				
gruppenfähig	i330				
konzentriert	i360				
Sonstiges:					
Wie gestaltet sich das Pausenverhalten					
kann sich beschäftigen	i459				
hat Kontakt zu anderen	d7401				
kann sich orientieren	i449				
Sonstiges:					

Fachkraft TjM:	Die Diagnose, Achse I, bestätigt sich im Gesamteindruck: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
-----------------------	--